

MISZELLE

Ulrich Fritz

Unbequeme Denkmale: KZ-Friedhöfe in Bayern. Kurze Geschichte einer institutionellen Odyssee mit Seitenblick nach Sachsen

Der „Tag des Denkmals“ stand 2013 unter dem Motto „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“ Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zählte dazu „viele Bauten, die heute im Allgemeinen aufgrund der politischen und sozialen Umstände ihrer Entstehungs- oder Nutzungszeit – in unterschiedlichem Ausmaß – ein gewisses Unbehagen oder sehr negative Gefühle auslösen.“¹

Diese Beschreibung trifft fraglos auch auf die zahlreichen Grabstätten von KZ-Opfern zu, die nach dem Krieg in ganz Mitteleuropa errichtet wurden. Allein in Bayern befinden sich heute noch 75 staatlich geschützte KZ-Friedhöfe, Einzelgräber und Gedenkstätten, für deren Erhalt seit Frühjahr dieses Jahres die Stiftung Bayerische Gedenkstätten zuständig ist.² Im Folgenden soll die Geschichte dieser historischen Orte mit vergleichendem Seitenblick ins benachbarte Sachsen kurz skizziert werden – eine Geschichte, die geradezu sinnbildlich für die Schwierigkeiten (nicht nur) der bayerischen Öffentlichkeit mit den Relikten der NS-Zeit steht.

Der Zweite Weltkrieg hinterließ neben einem verwüsteten Europa zahllose Tote, darunter vor allem Verfolgte und Opfer des NS-Regimes: Kriegs- und Strafgefangene, zivile Zwangsarbeiter und nicht zuletzt KZ-Häftlinge. Diese waren in den großen Hauptlagern verstorben oder in einem der zahllosen Außenlager und Kommandos, die insbesondere im letzten Kriegsjahr flächendeckende Netze bildeten. Eine bis heute nicht genau zu benennende Zahl fiel den sogenannten Todesmärschen zum Opfer, der letzten Eskalationsstufe von Mord und Gewalt.³

Besonders in Bayern fanden die alliierten Befreier bei ihrem Vormarsch fast in jedem Dorf und an jeder Straße Tote vor – zumeist hastig verscharrt oder nur notdürftig begraben. Umgehend ordneten die örtlichen Militärverwaltungen die Bestattung der Opfer an, wobei neben der würdevollen Zeremonie die Konfrontation der deutschen Zivilbevölkerung mit den Verbrechen an KZ-Häftlingen im Vordergrund stand. Neben den Alliierten waren es häufig Überlebende, die mit Erinnerungszeichen an ihre toten Kameraden erinnerten. Ein Beispiel dafür ist das

¹ Vgl. Deutsche Stiftung Denkmalschutz: Tag des Offenen Denkmals, online unter: <http://tag-des-offenen-denkmals.de/thema/> [04.08.2013]. Der Tag des Offenen Denkmals findet seit 1993 am zweiten Sonntag im September statt. Dasselbe Datum wurde in der DDR als „Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ begangen, ist nun aber – salopp formuliert – als „unbequemes Denkmal“ abgeschafft worden.

² Vgl. „Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung zum Gräbergesetz“ vom 27. Februar 2013, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 5/2013, S. 62.

³ Daniel Blatman beziffert den durchschnittlichen Anteil der auf den Todesmärschen ermordeten KZ-Häftlinge auf 35 Prozent, vgl. Blatman, Daniel: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Reinbek b. Hamburg 2011, S. 29.

beeindruckende dreiteilige Denkmal für die Opfer eines Massakers der SS bei Schwabhausen, einem Ortsteil von Weil im Landkreis Landsberg/Lech. Die gleichlautenden Inschriften ermahnten zum Gedenken an die „Märtyrer und Heiligen, die nach grausamen Leiden getötet wurden am Tage der Befreiung, dem 14. Ijjar des Jahres 5705 [27. April 1945].“⁴

Die hebräischen Texte wendeten sich an die Angehörigen der Jüdischen Gemeinde – sobald diese nicht mehr existierte, gerieten der Entstehungs- und Sinnzusammenhang des Denkmals in Vergessenheit. Erst 1985 wurde eine Bronzeplatte mit einer deutschen Übersetzung angebracht. Aus dieser erschließen sich die Hintergründe der Denkmalsetzung allerdings ebenso wenig. Den zumeist jüdischen „Displaced Persons“, die an den Orten ihrer Befreiung auf den Beginn eines neuen Lebens in den USA, England oder Palästina warteten, ist es zu verdanken, dass wenigstens einzelne der meist in Massengräbern Bestatteten namentlich erinnert wurden.⁵ Von der deutschen Bevölkerung wurden die Friedhöfe in der Regel als Schandflecke empfunden, was in der Folge häufig zu einer mangelhaften Pflege dieser Grabstätten führte.

Etwas anders verliefen die Ereignisse in Sachsen, damals Teil der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Auch hier ordneten die Alliierten – amerikanische Militäreinheiten in Westsachsen, sowjetische im Osten – würdige Begräbnisse an, zu denen insbesondere Funktionsträger der NSDAP herangezogen wurden. Bereits am 23. Juni 1945 wurden 189 Opfer des Flossenbürger Außenlagers in Lengenfeld nach Reichenbach überführt und dort auf dem städtischen Friedhof bestattet.⁶ Auch Einzelgräber mit Opfern der Todesmärsche finden sich in zahlreichen Gemeinden, so etwa auf dem Friedhof Rodewisch ein Grabstein mit dem roten Häftlingswinkel und der Inschrift: „Ewigen Frieden dem von faschistischer Mörderhand gefallenen“



Abb. 1: Denkmal in Schwabhausen. Foto: Sabine Schalm, München.



Abb. 2: Denkmal in Rodewisch. Foto: Mario Morgner, Rodewisch.

⁴ Vgl. Stiftung Bayerische Gedenkstätten: Akte zum KZ-Friedhof Schwabhausen, Grundakte mit Übersetzung der hebräischen Inschrift.

⁵ Vgl. Fritz, Ulrich: Schwarzenfeld: Tatort ohne Täter, Tatort ohne Opfer, Tatort ohne Tat, in: Boehling, Rebecca/Urban, Susanne/Bienert, René (Hg.): Freilegungen (= Jahrbuch des International Tracing Service, Bd. 2), S. 99-111, hier: S. 106 f.

⁶ Vgl. Fritz, Ulrich: Verwischte Spuren. Die ehemaligen KZ-Außenlager in Sachsen, in: Dachauer Hefte 24 (2008), S. 46-62, hier: S. 52.

unbekannten KZler“. Anders als in Bayern, wo die Suche nach weiteren Opfern in erster Linie von amerikanischer Seite oder von KZ-Überlebenden initiiert und durchgeführt wurde, richtete die Landesverwaltung Sachsen dafür eine eigene Abteilung ein: Das Landesnachrichtenamt wurde von der Ravensbrück-Überlebenden Elly Schließer geleitet. Ihre Korrespondenzen mit Gemeindeverwaltungen zeigen allerdings häufig dieselbe Tendenz zur Verdrängung und Verleugnung der flächendeckenden Verbrechen wie in Bayern. Anders als in Bayern beteiligten sich lokale Ausschüsse von „Opfern des Faschismus“ vielfach an der Errichtung von Denkmälern und an der Durchführung von Gedenkfeiern.⁷ Ihr gemeinsames Symbol wurde schon ab Herbst 1945 der rote Winkel der politischen KZ-Häftlinge, der trotz seiner Eindeutigkeit zunächst durchaus von allen Verfolgten akzeptiert wurde. Daneben finden sich aber gerade auf frühen Denkmälern oft genauere textliche und symbolische Hinweise auf die Opfer. Häufig nehmen die Inschriften Bezug auf die 1947 gegründete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Auch die sowjetische Militäradministration errichtete Denkmäler, die jedoch ausschließlich dem Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener gewidmet waren und andere Opfergruppen verschwiegen.

In Bayern machte nur vier Jahre nach Kriegsende der „Leitenberg-Skandal“ eine grundlegende Neuregelung der Zuständigkeit für die KZ-Friedhöfe notwendig.⁸ Im August 1949 waren bei den schleppend vorangehenden Bauarbeiten für einen KZ-Friedhof am Leitenberg bei Dachau sterbliche Überreste von KZ-Häftlingen ausgegraben und achtlos liegen gelassen worden. Die internationale Empörung veranlasste die bayerische Staatsregierung zur Einsetzung einer Kommission, die sich zunächst einen Überblick über die „KZ-Grab- und Gedenkstätten“ in Bayern verschaffte. Nachdem verschiedene Staatsministerien die Übernahme der Zuständigkeit ablehnten, wurde eine pragmatische Regelung getroffen: Die begonnene Grabanlage auf dem Leitenberg sollte von der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (im folgenden: Schlösserverwaltung) vollendet werden, für alle übrigen Grabstätten blieb wie zuvor das Bayerische Landesentschädigungsamt zuständig.

Der Leitenberg-Skandal hatte zwei Entwicklungen zur Folge: Zum einen versuchten insbesondere der französische und der belgische Suchdienst in umfassenden Exhumierungsaktionen, die sterblichen Überreste der KZ-Opfer zu identifizieren und in der Heimat beizusetzen. Viele kleine Friedhöfe und Einzelgräber wurden aufgelöst und auf größere Grabanlagen überführt – nicht zuletzt auf die beiden neu gestalteten Sammelfriedhöfe am Dachauer Leitenberg und in der Gedenkstätte Flossenbürg. Von 493 KZ-Begräbnisorten im Jahr 1949 waren nach der Zusammenlegung in den 1950er Jahren nur rund 75 Grabstätten übrig.⁹ In

⁷ Goldenbogen, Nora: Einführung zu Sachsen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus II. Eine Dokumentation, Bonn 1999, S. 608-616, hier: S. 611.

⁸ Für eine knappe Zusammenfassung der bayerischen Gedenkpolitik vgl. Skriebeleit, Jörg: Erinnerungsort Flossenbürg. Akteure, Zäsuren, Geschichtsbilder, Göttingen 2009, S. 188-228.

⁹ Bezifferung ohne Quellenangabe bei Werner, Constanze: Die Todesmärsche und -transporte in Bayern: Itinerare des Grauens, in: Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Hg.): KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten. „Wenn das neue Geschlecht erkennt, was das alte verschuldet...“, bearb. v. Constanze Werner, Regensburg 2011, S. 32.

Oberbayern etwa blieben von den ehemals über 150 Grabstätten nur 22 erhalten, in Niederbayern von fast 90 Anlagen lediglich elf. Mit der sichtbaren Würdigung verschwand auch der Anlass, etwa im Rahmen des rituellen Totengedenkens das lokale Wissen um die KZ-Häftlinge wach zu halten. Dieser Aspekt zahlreicher Ortsgeschichten geriet damit in Vergessenheit.

Fast dasselbe trifft paradoxer Weise für die Grabanlagen zu, die der Präsident des Landesentschädigungsamtes, Philipp Auerbach, instand setzen und aufwendig neu gestalten ließ – zur Würdigung der Opfer, aber auch zur Selbstdarstellung seines Amtes. Das dabei verwendete Baumaterial stammte – Ironie der Geschichte – zum größten Teil aus dem Flossenbürger Steinbruch, der durch KZ-Häftlinge erschlossen worden war und den nun das gewerkschaftseigene Unternehmen OSTI (Oberpfälzer Steinindustrie) betrieb. In ihrer Gestaltung lehnten sich die meisten Anlagen an Kriegsgräber an. Die Denkmale vermieden figürliche Darstellungen, häufig wurden Bibelverse oder Sinnsprüche angebracht, die den historischen Zusammenhang der Grabstätten völlig verschleierten. So handelte es sich, wie Edith Raim konstatiert, um „eine zweifelhafte Ehrung, die mit einer Mischung aus verbaler und gestalterischer Hilflosigkeit ebenso wie einer ‚Aneignung‘ bzw. Integration der Toten in die (christliche) Friedhofs- und Gedenklandschaft (oder Abschiebung auf existierende jüdische Friedhöfe) einherging.“¹⁰

Philipp Auerbach wurde wenig später in eine Affäre verstrickt, die mit seiner Verhaftung und seinem Freitod endete. Im Jahr 1953 wurde die Zuständigkeit für alle „KZ-Gräber und Gedenkstätten“ auf die Schlösserverwaltung übertragen, wo sie für die nächsten Jahrzehnte verblieb. Dabei war der Sammelbegriff von Anfang an irreführend. Zwar handelt es sich bei den meisten Opfern in der Tat um KZ-Häftlinge, auf einigen Gräbern ruhen jedoch auch Insassen von Zuchthäusern (so in Amberg und Straubing), zivile Zwangsarbeiter (im oberfränkischen Rößlau) oder deutsche Zivilisten, die an Widerstandshandlungen teilgenommen hatten (wie in Penzberg). Umgekehrt sind etwa von den Opfern der Todesmärsche keineswegs alle auf staatlich betreuten KZ-Friedhöfen bestattet.

Im selben Jahr 1953 wurde in der DDR die VVN aufgelöst, womit in Sachsen die Forschungen zur Geschichte der Konzentrationslager und Todesmärsche weitgehend endeten. Neben den großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten wurden in den folgenden Jahrzehnten an vielen Orten zentrale Mahnmale und Kundgebungsplätze für die Opfer des Faschismus errichtet. Statt des Kreuzzeichens oder des Davidsterns dominierte der stilisierte Häftlingswinkel; Unterdrückung, Widerstand und Befreiung der Häftlinge finden sich häufig in figürlicher Darstellung. Ähnlich wie in Bayern ging auch in Sachsen das ritualisierte Gedenken mit einem Verlust von Kontextwissen einher. KZ-Opfer wurden mehr oder minder pauschal mit politischen Widerstandskämpfern gleichgesetzt, bestimmte Opfergruppen wie zum Beispiel Juden wurden nicht mehr benannt. Zwei Unterschiede sind jedoch augenfällig: Anders als in der Bundesrepublik entstanden in der DDR

¹⁰ Vgl. Raim, Edith: Rezension von: Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Hg.): KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten. „Wenn das neue Geschlecht erkennt, was das alte verschuldet...“, bearb. v. Constanze Werner, Regensburg 2011, in: sehepunkte 12 (2012), Nr. 3 [15.03.2012], online unter: <http://www.sehepunkte.de/2012/03/20875.html> [04.08.2013].

Gedenkzeichen auch unmittelbar an den Orten ehemaliger Außenlager, etwa an Fabriken – die ansonsten umstandslos weiter genutzt wurden. Dies verhinderten in Bayern und anderswo die privatwirtschaftlichen Besitzverhältnisse oder der Mangel an Interesse. Und anders als in Bayern wurden in Sachsen bestehende Einzelgräber nicht aufgelöst, Umbettungen fanden nicht statt. Die Verfolgung und Ermordung von KZ-Häftlingen behielt somit ihre dingliche Repräsentation in der Fläche.

Die staatliche Garantie von „Schutz und Pflege“ der KZ-Gedenkstätten und KZ-Friedhöfe wurde von der bayerischen Schlösserverwaltung fast ausschließlich im Sinne gestalterischer Maßnahmen interpretiert. Für die beiden KZ-Gedenkstätten in Dachau und Flossenbürg erwies sich dies auf Dauer als ungenügend – sie wurden in den 1990er Jahren in die Zuständigkeit des Kultusministeriums überführt. Die KZ-Friedhöfe hingegen blieben für eine breitere Öffentlichkeit weiterhin gepflegt, aber weitgehend unverständliche Orte. Die Schlösserverwaltung zeigte keinerlei Ambition, historische Aufklärung anzuregen oder auch nur zu fördern. Bemühungen lokaler Initiativen, den Entstehungszusammenhang einzelner Grabstätten und das Schicksal der dort Bestatteten mit Informationstafeln zu dokumentieren, wurden mit Verweis auf die Würde des Ortes in der Regel abgelehnt. Erst 60 Jahre nach Übernahme der Friedhöfe legte die Schlösserverwaltung eine Dokumentation vor, die jedoch weder wissenschaftlichen Standards genügte, noch im Einzelnen den postulierten Vorrang würdigen Gedenkens einlöste.¹¹ Die meisten KZ-Friedhöfe fristen bis heute ein Schattendasein, nur wenige werden im Rahmen von Gedenkfeiern regelmäßig besucht.

Die Übertragung der KZ-Gräber auf die Stiftung Bayerische Gedenkstätten beendet ein jahrzehntelanges administratives Provisorium. Die Grabstätten gehören nun wieder zur selben Einrichtung wie die beiden großen KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg. Die Akten der Schlösserverwaltung wurden ebenfalls der Stiftung überlassen und versprechen für die Zukunft Anregungen für vielfältige Forschungen. Sie könnten nicht nur Auskunft über bisher ungeklärte Schicksale geben. Die Akten der aufgelösten Friedhöfe enthalten Fotos und Pläne der Grabmale, die sonst nirgends mehr vorhanden sein dürften. Vor allem zeichnen die Korrespondenzen, Abrechnungen, Zeitungsartikel und Pläne ein plastisches Bild des oftmals schwierigen Diskurses rund um das Vergessen und Erinnern an die Verbrechen der NS-Zeit.

Die KZ-Friedhöfe und KZ-Gedenkstätten (nicht nur) in Bayern sind mehr als Grabstätten und Baudenkmale. Für die Überlebenden und ihre Angehörigen sind sie konkrete Beweise ihres Schicksals. Zugleich zeigen sie trotz ihrer heute vergleichsweise geringen Anzahl, dass das Verfolgungssystem der Nationalsozialisten allgegenwärtig war und überall Opfer hinterließ – unter den Augen der Bevölkerung. Die mit diesen Orten verbundene Aufgabe ist leicht und schwer zugleich: „Diese Objekte sind bedeutende Zeitzeugen. Verantwortungsvoll historisch aufgearbeitet und allgemein verständlich erläutert, berichten sie uns ganz

¹¹ Vgl. Probst, Robert: „Streit um KZ-Friedhöfe“, in: Süddeutsche Zeitung, 6. Dezember 2011.

unmittelbar von den schwierigen bis katastrophalen Umständen ihrer Entstehungszeit.¹²

Zitiervorschlag Ulrich Fritz: *Unbequeme Denkmale: KZ-Friedhöfe in Bayern. Kurze Geschichte einer institutionellen Odyssee mit Seitenblick nach Sachsen*, in: *MEDAON – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 7. Jg., 2013, Nr. 13, S. 1-6, online unter http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_13_Fritz.pdf [dd.mm.yyyy].

Zum Autor Ulrich Fritz, Jg. 1969, Studium der Literaturwissenschaft und Geschichte in Freiburg, Boston und Konstanz, 1999 bis 2001 Mitarbeiter im Humanitären Hilfsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter der Siemens AG, 2001 bis 2011 Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, seit 2011 Projektstelle „KZ-Außenlager in Bayern“ bei der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, München. Promotionsprojekt bei Prof. Wolfgang Benz, TU Berlin, zu den Außenlagern des KZ Flossenbürg. Forschungsinteressen: KZ-Außenlager, Todesmärsche, KZ-Gräber und -Gedenkstätten.

¹² Vgl. <http://tag-des-offenen-denkmals.de/thema/> [04.08.2013].